

A K T U E L L E S T H E M A

Das Minarettverbot in der Schweiz – Gute Sache oder Unsinn?

Das sollst du tun:

1. Lies zuerst alle Informationen unten durch
2. Nimm ein Blatt Papier vor und mache zu allem Folgenden Notizen, die in die Mappe kommen.
3. Diskutiere in deiner Kleingruppe eine Auswahl aus folgenden Fragen:
 - Was haltet ihr allgemein vom Minarettverbot? – Eigene Meinung begründen, andere respektieren!
 - Worin vermutet ihr Gründe für die Entscheidung der Schweizer?
 - Ist das Minarettverbot eine angemessene Reaktion auf einen hohen Anteil Muslime in Mitteleuropa?
 - Ist es eine angemessene Reaktion auf das Verbot in islamischen Ländern, christliche Kirchen zu errichten?
 - Wie ist es mit der Religionsfreiheit – wäre es angemessen, auch Kirchtürme verbieten zu lassen?

Einige Informationen

Dies ist nur eine sehr kleine Auswahl.

Was ist ein Minarett?

Ein Minarett ist ein erhöhter Standplatz oder Turm für den Gebetsrufer (Muezzin) bei oder an einer Moschee. Von hier aus werden die Muslime fünfmal am Tag zum Gebet gerufen. (Wikipedia)

Wie funktioniert das mit den Volksabstimmungen in der Schweiz?

In der Schweiz werden viele Entscheidungen, die den Staat betreffen, direkt vom Volk getroffen. Alle Wahlberechtigten können bei einer solchen Volksabstimmung mitentscheiden. Damit etwas zur Abstimmung gestellt wird, müssen diejenigen, denen an einer Volksabstimmung gelegen ist, innerhalb von 18 Monaten 100.000 Unterschriften zusammenbekommen. (Wikipedia)

Wie kam es zum Minarettverbot in der Schweiz?

Hinter der Anti-Minarett-Initiative stehen die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU), die ein Verbot zur Errichtung von Moscheen mit Gebetstürmen in der Schweizer Verfassung verankern wollen. Die Regierung in Bern hatte den Stimmberechtigten empfohlen, mit Nein zu votieren. Sie befürchtet, ein Minarett-Verbot werde „im Ausland auf Unverständnis stoßen und dem Ansehen der Schweiz schaden“.

Die Initiatoren hatten in anderthalb Jahren mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt und so die Volksabstimmung durchgesetzt. Sie betonen, dass sich das

Referendum nicht gegen den Islam als Religion wende. Für den SVP-Politiker Ulrich Schlüer, einen der Wortführer der Initiative, ist das Minarett vielmehr ein „politisches Symbol eines Machtanspruchs“. (Tagesschau)

Wie ging die Abstimmung aus?

54% der Wahlberechtigten beteiligten sich, von denen 57% für das künftige Bauverbot von Minaretten aussprachen. Somit ist es in Zukunft in der Schweiz verboten, Minarette zu errichten.

Sind Moscheen in der Schweiz nun auch verboten oder müssen bestehende Minarette abgerissen werden?

Beide Male: Nein.

Wie viele Minarette gibt es schon in der Schweiz?

Vier.

Einige (wenige) Reaktionen auf das Minarettverbot

Verstoß gegen Menschenrechte?

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, hat das Verbot des Baus von Minaretten in der Schweiz als "diskriminierenden und unglücklichen Schritt" verurteilt. Außerdem befinde sich die Schweiz damit "auf Kollisionskurs mit ihren internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte", erklärte Hochkommissarin Pillay am Dienstag in Genf. (FR)

Angst vor Islam?

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Schweizer Entscheidung als Zeichen einer wachsenden Islamophobie in Europa gewertet. Auch die Opposition in Ankara kritisierte den Ausgang des Referendums. Das Ergebnis zeige, dass westliche Werte lediglich im Rahmen des Christentums verstanden würden, sagte der Chef der nationalistischen Partei MHP, Devlet Bahçeli. (Welt)

Katholische Kirche

„Mit großer Sorge“ reagierte die Deutsche Bischofskonferenz auf (DBK) die Schweizer Entscheidung. Das Ergebnis der Volksabstimmung könne dem guten Zusammenleben der Religionen im Nachbarland schaden, sagte DBK-Vorsitzender Erzbischof Robert Zollitsch, am Montag der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA. Den Christen in islamischen Ländern werde die Entscheidung nicht helfen.

Zollitsch verwies darauf, dass nach Ansicht der katholischen Bischöfe in Deutschland zur Religionsfreiheit auch das Recht der Muslime auf den Bau würdiger Moscheen zählt. „Gerade weil wir Christen die Einschränkungen der Religionsfreiheit in muslimisch geprägten Ländern ablehnen und verurteilen, setzen wir uns nicht nur für die Rechte der dortigen Christen ein, sondern auch für die Rechte der Muslime bei uns“, sagte der Freiburger Erzbischof unter Verweis auf ein im vergangenen Jahr von der Bischofskonferenz veröffentlichtes Papier zum Moscheebau. (Kathpress)